

Günthers direkter Draht an die Spitze der EU

Ministerpräsident pocht bei von der Leyen auf Schutz für nationale Minderheiten

Frank Jung

Es passiert nicht gerade häufig, dass ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident ganz allein einen Termin mit dem Oberhaupt der EU-Kommission hat. Soweit es die Staatskanzlei ausloten konnte, ist es mutmaßlich noch überhaupt nie passiert. Dass Daniel Günther gestern eine Videokonferenz mit Ursula von der Leyen geglückt ist, liegt an Schleswig-Holsteins besonderem Blick für nationale Minderheiten. Beteiligungsrechte der dänischen und der friesischen Minderheit südlich und der deutschen Minderheit nördlich der Grenze sind traditioneller Bestandteil der Landespolitik. Zunehmend gilt das auch für die Sinti und Roma. Deshalb will Günther nicht zusehen, dass ein Vorstoß für einen ähnlich hohen Standard von Minderheitenrechten auf anderer Ebene zu versanden droht: die so genannte Minority Safepack Initiative (MSPI).

In 15 Mitgliedstaaten hatten die Organisatoren des MSPI 1,28 Millionen Unterstützungsunterschriften gesammelt. Maßgeblich auch über ihre Netzwerke in Schleswig-Holstein und Dänemark hatten Minderheitenvertreter dafür gesorgt, dass in der nötigen Zahl von Ländern das Quorum erreicht wurde.

Denn was etwa für die Dänen in Deutschland, die Schweden in Finnland, die Friesen in den Niederlanden oder die Deutschen im italienischen Südtirol glänzt, das sieht anderswo ganz anders aus. Ob im spanischen Kata-



Videokonferenz auf Initiative des Ministerpräsidenten: Daniel Günther und Ursula von der Leyen
Foto: Staatskanzlei SH

lonien, dem französischen Elsass oder insbesondere in vielen Ecken Südosteuropas: Dort müssen sich nationale Minderheiten für kulturelle, soziale und politische Teilhabe sehr weit nach der Decke strecken. Obwohl doch

„Schleswig-Holstein hat die europäische Bürgerinitiative Minority Safepack (MSPI) von Beginn an unterstützt.“

Daniel Günther
Ministerpräsident

alle in ein und derselben Staatengemeinschaft leben. Mit einer aktiven Rolle der EU würde eine Verbindlichkeit des Minderheitenschutzes hergestellt, der für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen gilt und international beispielgebend wäre.

Die Kommission hat jedoch entschieden, die Vorschläge nicht in konkrete rechtliche Maßnahmen um-

zusetzen. Stattdessen will sie bloß prüfen, wie Ideen aus der MSPI im Rahmen bestehender Programme realisiert werden können.

Der Regierungschef des Minderheiten-Bundeslandes Schleswig-Holstein versucht jetzt, zu retten, was zu retten ist. Ausdrücklich hat sich Günther gegenüber seiner CDU-Parteifreundin an der Spitze Europas dafür ausgesprochen, den Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten und der rund 60 Regionalsprachen im Rechtsrahmen der EU dauerhaft zu verankern. Es liege im Interesse aller Mitgliedsstaaten, den Beitrag von Minderheiten für die regionale Entwicklung und den kulturellen Reichtum Europas deutlicher sichtbar zu machen.

Günther sagte: Nun müsse es darum gehen, gemeinsam mit den Regierungen, dem Ausschuss der Regionen sowie den Organisationen der Minderheiten substanzielle Verbesserungen zu erreichen. „Daher bin ich der EU-Kommissionspräsi-

dentin sehr dankbar für dieses konstruktive Gespräch“, so der Ministerpräsident. Er begrüßte die strategischen Leitlinien für das neue EU-Programm „Horizont Europa“ für die Jahre 2021-2024. Der Ministerpräsident sieht darin eine Chance, Sprachen als Teil des europäischen Kulturerbes stärker zu schützen.

Wichtig sei auch das Ziel der EU-Kommission, zentrale Anlaufstellen für Antragsteller auf nationaler Ebene zu schaffen, die von den Förderprogrammen „Erasmus+“ oder „Kreatives Europa“ profitieren wollen. Ersteres bezuschusst Begegnungen zu den Themen Jugend, Bildung und Sport, letzteres ist Leitprogramm für Kultur. Beide Fördertöpfe eignen sich nach Einschätzung der Landesregierung auch und gerade für Ideen aus den Reihen der Minderheiten. Günther schlägt vor: „In Schleswig-Holstein könnte hier die Europäische Akademie in Sankelmark konkrete Unterstützung leisten und damit kleineren Organisationen den Zugang zu europäischer Förderung erleichtern.“ Letzteres ist ein Mosaik in den Wünschen des Minority Safepack.

Lautstärker verlangt die Initiative, dass die EU ein Zentrum für Sprachenvielfalt gründet. Dies solle das Bewusstsein für die Bedeutung von Regional- und Minderheitensprachen stärken und Vielfalt auf allen Ebenen fördern. Auch das ist indes nur eine Facette. Übergreifend fordert die Initiative von der EU Rechtsakte, um den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten zu sichern.